

stehen? Nach deutschem Verständnis wird massive militärische Vergeltung nur neue verbrannte Erde schaffen.

Doch dies war nicht der Moment, um der tief verwundeten amerikanischen Nation mit Vorhaltungen zu kommen. „Kein Mikromillimeter Distanz“ dürfe sichtbar werden, sagte Regierungssprecher Uwe Karsten Heye. Und prompt beschwor sein Kanzler im Bundestag die „uneingeschränkte Solidarität, ich betone: die uneingeschränkte Solidarität“.

Der Nachdruck zielte in zwei Richtungen: Er galt, als Ausdruck des Mitgeföhls und der sicheren Bündniszusage, dem auf der Besuchertribüne des Parlaments zuschauenden US-Botschafter Daniel Coats.

Er galt aber auch – als Warnung – allen potenziellen Abweichlern in allen Fraktionen des Parlaments. Solidarität ohne jedes Risiko könne es nicht geben, hieß jetzt die Botschaft. Andererseits betonte Innenminister Schily am Mittwoch vor der SPD-Bundestagsfraktion, „das Wichtigste“ sei, bei aller Solidarität, dass unsere Freunde in

Amerika jetzt nicht etwas tun, das uns alle mit reinreißt“.

Auch Schröder verhehlte gegenüber Vertrauten seine Besorgnis nicht, „dass der Bush jetzt irgendetwas in Gang setzt, was uns alle mit in den Schlamassel hineinzieht“, berichtet ein Kanzler-Intimus.

Die Wucht des zu erwartenden militärischen Gegenschlags der USA könnte nicht nur die deutsche Gesellschaft entzweien, sondern auch das rot-grüne Bündnis – gleichsam als Kollateralschaden – zerstören. Bewusst geht Fischer das Risiko ein, dass ihm die grüne Partei für seine Politik die Unterstützung verweigert. Schröder versuchte zwar, den Eindruck zu erwecken, als seien Überlegungen über den



Bundesaußenminister Fischer vor der Presse in Berlin

HORST WAGNER

möglichen Fortbestand der rot-grünen Koalition seine geringste Sorge. Fischer hingegen äußerte intern, womöglich sei er, falls seine Partei sich verweigere, ja schon bald Privatmann.

Für die Grünen könnte die militärische Eskalation unter Beteiligung der Nato noch schwieriger werden als die Bundeswehreinsetze in Bosnien, Kosovo und Mazedonien. Leidenschaftlich wirbt Fischer in den Parteigremien um Unterstützung. Wenn die Welt sich schon unausweichlich ändere, so sein Argument, sei es besser, die Grünen gestalteten die Entwicklung mit.

In der Not kann Fischer sich sogar auf seine Rivalen verlassen. Selbst Umweltminister Jürgen Trittin, der sich beim Kosovo-Konflikt noch betont aus der Schusslinie gehalten hatte, bezog klar Stellung für die Zustimmung der Grünen zum Beistand in der Nato.

Von oben herab organisiert die Grünen-Spitze in der Partei nun Beistand für ihren Außenminister. Am Freitag sollten die Landesvorstände in Berlin unterrichtet werden, am Wochenende wollten die Spitzen-Grünen ausschwärmen, um auch den Kreisverbänden die Notwendigkeit zur Solidarität mit der Nato nahe zu bringen. Wie schwierig dies wird, zeigt die Wortwahl des Grünen-Parteiratbeschlusses vom vergangenen Donnerstag. „Das Völkerrecht deckt Rache nicht ab“, hieß es da – eine Warnung an die USA.

In mitternächtlichen Telefonaten sondierten rote und grüne Abgeordnete die Zukunft der Koalition. Die grausigen Fernsehbilder nach einem US-Vergeltungsschlag werden „enorme Zumutungen für uns bedeuten“, schwant auch der SPD-Linken Andrea Nahles, nicht immer eine Freundin von Gerhard Schröder. Gleichwohl habe der Bundeskanzler diesmal „alles richtig gemacht“. Und geschlossen werde ihm die Fraktion folgen. Nahles: „Wir sind Gefangene der Situation.“

In hohen Regierungskreisen werden derweil Alternativen durchgespielt: eine SPD/FDP-Koalition bis zum Ende der Le-

Magische Anziehung

Kommen auch Atomkraftwerke ins Visier von Selbstmord-Attentätern?

Die vierte, am vergangenen Dienstag von Terroristen entführte Zivilmaschine stürzte 130 Kilometer südöstlich von Pittsburgh (US-Staat Pennsylvania) offenbar vorzeitig auf eine Wiese, riss 45 Menschen in den Tod und löste Spekulationen über ihr eigentliches Ziel aus. In Reichweite lagen der Landsitz des Präsidenten, Camp David – und mehrere Kernkraftwerke.

Ein dies- und jenseits des Atlantiks lange verdrängtes Horrorszenerario schlich sich schlagartig wieder in viele Köpfe. Auch in Deutschland.

In jedem Land, das Atommeiler betreibt, könnte das Verstrahlungspotenzial der Reaktoren eine geradezu magische Anziehungskraft auf skrupellose Selbstmord-Terroristen ausüben. Die Zerstörung der Reaktorkuppel beispielsweise des Kraftwerks im hessischen Biblis würde mit hoher Wahrscheinlichkeit den Super-GAU auslösen. Die unausweichlichen Folgen, eine langfristige Verstrahlung

großer Landstriche und Zigtausende von Toten, würden das entsetzliche Desaster von New York in den Schatten stellen.

Kein Wunder, dass auch hier zu Lande unter den schockierten Fachleuten diese Woche alte Studien hin und her gewälzt wurden, um die Wahrscheinlichkeit eines Versagens der Reaktorhülle nach einem gezielten terroristischen Sturzflug mit einer großen Zivilmaschine abzuschätzen. Erstes ernüchterndes Ergebnis: Ein solches Szenario lag den Sicherheitsberechnungen bisher nie zu Grunde.

Zwar sind die neueren Meiler in Neckarwestheim, Ohu oder Lingen mit ihren 1,8 Meter mächtigen Betonkuppeln gegen den Absturz schnell fliegender Militärmaschinen gesichert. Doch ob sie auch den ungebremsten und gezielten Absturz eines voll getankten Jumbo-Jets überleben würden, bezweifeln etwa die Experten der Kölner Gesellschaft für Anlagen- und Reaktorsicherheit.

Altmeiler wie die in Stade, Obrigheim oder Biblis mit Betonhüllen von nur 0,6 Meter hätten gegen einen solchen Luftschlag von vornherein keine Chance. Einem terroristischen oder militärischen Raketenangriff kann kein einziger der heute betriebenen Reaktoren widerstehen.

Umweltminister Jürgen Trittin erzwang deshalb Ende dieser Woche eine Empfehlung an die Reaktorbetreiber, ihre Meiler bei Vorliegen spezieller Gefährdungslagen abzuschalten.

„Wir können nicht ausschließen“, so ein leitender Beamter des Umweltministeriums, „dass es nach einem gezielten Absturz auf ein Atomkraftwerk zu massiven Radioaktivitätsfreisetzungen kommt.“

GERD ROSENKRANZ



Atomkraftwerk Stade

ULRIKE SCHACHT / FORUM